

Volks-Tapezieren u. Portefeuille-Zeitung

Organ
des Deutschen Sattler-Tapezieren u. Portefeuille-Verbandes

Inserate kost. die sechsgefp. Nonp.-Zeile 60 Pf. Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b^{III} Erscheint alle 8 Tage
Zentralredaktion: Amal Vorplatz Nr. 2120

Das Problem der Einigung der Gewerkschaften.

Belanständig existieren zurzeit zwei Richtungen in der „Internationalen Gewerkschaftsbewegung“. Die alte Internationale, deren Sitz zurzeit Amsterdam ist und die neue Internationale mit dem Sitz in Moskau. Ueber die Ziele dieser beiden Richtungen herrscht wohl im allgemeinen kein großer Unterschied und doch können sie zusammen nicht kommen, weil über den Weg zu diesem Ziel die Meinungen eben grundverschieden sind. Dieser Unterschied läßt sich mit wenigen Worten feststellen. Die Amsterdamer Richtung hat in ihren Satzungen, die auf den verschiedenen internationalen Kongressen geschaffen wurden, ihr Aktionsprogramm. Dies ist der Moskauer Internationale nicht revolutionär genug, deshalb hat sie sich vorgenommen, sich die Amsterdamer Richtung zu unterwerfen und sie zur Annahme des Moskauer Programms zu zwingen. Jeder kann sich leicht denken, daß die Amsterdamer Internationale sich nicht so leicht ihre bewährte Taktik rauben und durch eine sogenannte revolutionäre Taktik ersetzen läßt. Es wäre ja nahelegend, daß die Russen sich, ohne ihre Absichten anzugeben, der Amsterdamer Internationale anschließen und dann im Rahmen dieser Organisation verhandeln, durch die Wucht ihrer geistigen Argumente die Amsterdamer Richtung für die Moskauer Absichten zu gewinnen. Allein dieses Vertrauen in die Kraft ihrer Ansichten scheinen sie nicht zu besitzen, denn ihre Taktik ist darauf gerichtet, die Amsterdamer einfach zu überrennen. Neuerdings ist es den Moskauern nun gelungen auf einer kürzlich in London stattgefundenen Konferenz der englischen und russischen Landeszentralen einen Antrag zu vereinbaren, der die Bildung eines Ausschusses vorsieht, um die gewerkschaftliche Einheit herzustellen. In der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 18 wird nun die Frage aufgeworfen, welche Bedeutung dieser Tatsache beizumessen sei. Dazu wird ausgeführt:

Die Frage von der Bildung eines englisch-russischen gewerkschaftlichen Ausschusses wurde zuerst im November 1924 in Moskau aufgestellt, zur Zeit, wo die Delegation der englischen Trade-Unions in Russland weilte. Die Initiative zur Bildung eines solchen Ausschusses ging von den Kreisen der Roten Gewerkschaftsinternationale aus. In den leitenden kommunistischen Kreisen hat man sich diesen Ausschuss als ein Werkzeug zur Zerrüttung der Amsterdamer Internationale gedacht. Wäre dieses Ziel den Engländern gegenüber offen ausgesprochen, so wäre für sie die Beteiligung an einem solchen Ausschuss undenkbar. So blieb man daher nur bei sehr vagen Formulierungen. Außerlich wurde in Moskau eine Einigung mit den Engländern erreicht; eine weitgehende Unstimmigkeit blieb aber doch bestehen, und der Generatrat der englischen Gewerkschaften hat sich nicht beeilt, die Moskauer Einigung zu bestätigen und Schritte zur Bildung eines gemischten Ausschusses zu unternehmen.

In dem Dezemberheft der Roten Gewerkschaftsinternationale (zugleich in der „Roten Fahne“ vom 18. Dezember) hat Wosowsky den Scheiter, der die Reibungen zwischen den Engländern und Russen verdeckte, etwas gelüftet:

„Das englisch-russische Einheitskomitee hat die völlig klare Aufgabe der Wiederherstellung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung vor sich, und die erste Frage, auf die man antworten muß, besteht darin, ob beide Seiten das vor ihnen liegende Programm im gleichen Sinne aufzufassen. Nach den bis jetzt vorhandenen Dokumenten zu schließen, stellen sich die englischen Gewerkschaftsführer die Einheit in der Form des Eintrittens der russischen Gewerkschaften in die Amsterdamer Internationale vor. Es muß entschieden gesagt werden, daß, wenn man die Frage so stellt, dies heißt, die Wiederherstellung der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung hinauschieben; denn es handelt sich nicht um den Eintritt der Gewerkschaften

eines Landes in die Amsterdamer Internationale, sondern um die Verschmelzung beider Internationalen auf dem Wege eines internationalen Einheitskongresses.“

Und weiter unten:

„... man muß dieses Komitee in ein beständig funktionierendes Organ verwandeln, das periodische und nichtperiodische Literatur herausgibt, Vertreter in alle Länder schickt, um den Massen die Notwendigkeit der Einheit auseinanderzusetzen, das die Initiative zur Vereinigung der gespaltenen Gewerkschaften ergreift, gegen neue Spaltungen und Ausschüffe auftreten wird usw.“

Kurz, unter dem Deckmantel des englisch-russischen Ausschusses sollte eine neue Gewerkschaftsinternationale geschaffen werden, die sich tatsächlich der Amsterdamer Internationale gegenüberstelle. Das Berliner kommunistische Blatt hatte die Unvorsichtigkeit, dies auch offen auszusprechen:

„Das englisch-russische Einheitskomitee muß sehr bald zu einem internationalen Einheitskomitee, in dem Vertreter aller Länder sitzen, werden.“ („Die Rote Fahne“ vom 18. Dezember, Leitartikel.)

Anfang Februar hat der Vollzugsausschuß der Amsterdamer Internationale seinen bekannten Beschluß gefaßt, in dem er sich bereit erklärt, eine Konferenz mit den Vertretern der russischen gewerkschaftlichen Landeszentrale abzuhalten, sobald diese sich grundsätzlich für den Beitritt zum IOB erklärt. Der Sinn dieses Beschlusses ist klar: die Konferenz des IOB, mit den Vertretern der russischen Gewerkschaften hat den Zweck, die angeblichen Hindernisse zum Eintritt der Russen in den IOB zu beseitigen; wollen aber die russischen Gewerkschaften sowieso nicht sich dem IOB anschließen, so hat dieser keinen Anlaß, mit diesen zu konferieren.

Die Engländer haben bekanntlich in der Sitzung des Vollzugsausschlusses des IOB gegen diesen Beschluß gestimmt und sich für eine bedingungslose Konferenz des IOB, mit den Russen eingesezt, wohl in der Hoffnung, auf der Konferenz selbst die Russen beeinflussen zu können.

Der Generatrat der russischen Gewerkschaften hat sich bisweilen die Stellungnahme gegenüber dem Beschluß des IOB, vorbehalten, um seine weiteren Schritte in dieser Angelegenheit mit den Engländern zu erörtern. Die Londoner Konferenz sollte diese Klärung schaffen.

Ein eingehender Bericht, unterzeichnet von Tomsky und Melnikowsky seitens der Russen, von Swales und Fred Bramley seitens der Engländer, betont ausdrücklich, daß die Konferenz einberufen wurde, „um die Hindernisse zu erörtern, die dem Anschluß der Gewerkschaftsbewegung der Union Sozialistischer Sowjet-Republiken an den Internationalen Gewerkschaftsbund im Wege stehen“. Die kurze offizielle Mitteilung, die den Vertretern der Presse beim Schluß der Konferenz zugestellt wurde (die Tagung der Konferenz war nicht öffentlich), hebt als Hauptergebnis der Konferenz hervor, daß die Hindernisse zum Eintritt der russischen Gewerkschaften in den IOB, nunmehr voraussichtlich beseitigt werden. In dieser Frage haben sich die Engländer fest gezeigt und die russischen Delegierten mußten nachgeben. Erst dadurch wurde die weitere Arbeit der Konferenz möglich, und die Konferenz hat nun, gemeinsame, von der britischen Delegation vorgeschlagene Schritte vorgelesen, um die Amsterdamer Internationale im guten Willen dazu zu bewegen, einer freien, bedingungslosen und unmittelbaren Konferenz mit den russischen Gewerkschaften zuzustimmen.“

Was es für „Schritte“ sind, bleibt bisweilen ein Geheimnis der Konferenzteilnehmer. Das eine kann man aber jetzt schon mit Sicherheit sagen: der Versuch der russischen kommunistischen Gewerkschaftsführer, die englische Trade-Unions von der Amsterdamer Internationale loszureißen, ist völlig gescheitert.

Nach bedeutender war der Mißerfolg der Moskauer Strategie in der Frage der Bildung eines englisch-russischen Ausschusses. Der Ausschuss wird jetzt

allerdings gebildet. Dies scheint formell ein Erfolg Moskaus zu sein. Was aber für ein Ausschuss ist es?

Der „Antrag über die gegenseitige Hilfe“ ist hauptsächlich dem Ausbau der gegenseitigen Information gewidmet. Zu diesem Zwecke soll in erster Linie ein ständiger gegenseitiger Austausch von „Dokumenten“ und „besonderen Berichten“ bezüglich Organisationsverhältnisse der Gewerkschaften, deren Finanzgebahren, Unterstützungswesen usw. gepflegt werden; der „Antrag“ spricht aber auch davon, daß „von Zeit zu Zeit“ auch „Maßnahmen im Interesse der Festigung der internationalen Einheit“ zu treffen sein werden. Und nun kommt die Bestimmung über den Ausschuss:

„Um alle Fragen zu erörtern, die in Verbindung mit den obigen Aufgaben austauschen können, und um in den Fällen besonderer Dringlichkeit gemeinsame Handlungen vorzunehmen, wird ein vereinigter beratender Ausschuss der Gewerkschaftsbewegung Großbritanniens und der USSR gegründet, bestehend aus den Vorsitzenden und Sekretären und je drei Mitgliedern des Zentralrats der Gewerkschaften der USSR, und des Generatrats des britischen Trade-Unions-Kongresses.“

Nicht „ein beständig funktionierendes Organ“, das systematische Organisations- und Propagandaarbeit leistet, wie es Wosowsky gewollt hat, sondern ein beratender Ausschuss, der nur „Anträge“ ausarbeiten wird, die dann dem Generatrat der englischen und dem Zentralrat der russischen Gewerkschaften zur Befestigung vorgelegt werden; „in den Fällen besonderer Dringlichkeit“ kann allerdings der Ausschuss auch selbständig handeln, diese selbständigen Schritte des Ausschusses können aber, keinem ganzen Wesen nach, keine grundsätzliche Bedeutung haben. Der eigenartige Charakter dieses Ausschusses, nicht als eines neuen Organisationszentrums, sondern als eines beratenden, sich nur von Zeit zu Zeit versammelnden Ausgleichsorgans zwischen dem Generatrat der englischen und dem Zentralrat der russischen Gewerkschaften, hat auch in der Zusammenfassung des Ausschusses seinen Ausdruck gefunden: die Vorsitzenden und Sekretäre der beiden Landeszentralen können nur relativ selten sich in gemeinsamen Sitzungen treffen.

In der Auseinandersetzung zwischen den englischen und den russischen Gewerkschaftlern über den Charakter des englisch-russischen Ausschusses und über die Wege und Mittel zur Festigung der internationalen gewerkschaftlichen Einheit mußten die russischen Gewerkschaftler den Rückzug auf der ganzen Linie antreten. Man sollte nun glauben, der Generatrat der russischen Gewerkschaften wird jetzt bereit sein, sich dem IOB, anzuschließen. Diese Schlussfolgerung wäre allerdings verfehlt. Der Generatrat der russischen Gewerkschaften wird noch einmal versuchen, die Amsterdamer Internationale zu unterminieren; er wird sich aber nicht mehr dazu einschließen können, offen mit den englischen Trade-Unions zu brechen. Denn die IOB, verliert immer mehr an Boden, und die Annäherung an die englischen Trade-Unions bildet für die kommunistischen Gewerkschaftler ihre letzte Chance im Kampfe um den Einfluß auf die europäische Gewerkschaftsbewegung.

Solange es nicht bekannt ist, welche „Schritte“ die Londoner Konferenz vorgehen hat, um die Amsterdamer Internationale zur Aenderung ihrer Haltung in der russischen Frage zu bewegen, kann man nicht voraussetzen, ob die Londoner Konferenz unmittelbare praktische Bedeutung haben wird. Die kontinentalen europäischen Gewerkschaften sind viel besser als die englischen Gewerkschaften über die tückischen und gewerkschaftsfeindlichen Methoden der kommunistischen Gewerkschaftspolitik orientiert; es kann daher wohl gesehen, daß es für die Mehrheit der Amsterdamer Gewerkschaften untragbar wird, was ohne weiteres hinzuzunehmen die Engländer bereit wären. Gewisse Reibungen innerhalb der Amsterdamer Internationale sind daher auch in der Zukunft nicht völlig ausgeschlossen, eine ernsthaftige Bedeutung werden sie aber nicht mehr erlangen können.

Die Lehrlingsfrage im Hamburger Tapezierergewerbe.

Wenn gewisse Kreise Morgenluft mitteilen, dann findet es seinen Niederschlag oft in Beschläffen, die für Menschen mit fortschrittlicher Denkungsweise nicht allernst verständlich sind. Die Erinnerung an die gute alte Zeit läßt Wünsche aufkommen, die sich allmählich zu Anträgen und Beschlüssen verdichten. Da der Sturm auf den Nachmittagsabend nicht das gewünschte Ergebnis gezeitigt hat, so versucht man erst mal auf anderem Gebiete Fortschritte zu erzielen. Der Ehrgeiz, auch das Jhrige getan zu haben, hat auch die Hamburger Tapeziererzwangsanstalt nicht ruhen lassen. In einer ihrer letzten Versammlungen wurde der Beschluß gefaßt, die Lehrzeit wieder auf vier Jahre festzusetzen. Nur die abgrundtiefe Nachsichtigkeit miträuflicher Arbeitnehmer wird hinter diesem Beschluß eigennützige Motive vermuten. Wer aber die Einstellung der Innungsmeister kennt, weiß, daß dieser Beschluß lediglich im wohlverstandenen Interesse unseres Nachwuchses gefaßt ist.

Aber trotzdem sei gestattet, den Beschluß einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Die Ausstellung von Lehrlingsarbeiten hat bewiesen, daß die Leistungen der Ausgelernten sich in auffälliger Linie bewegen, im Gegensatz zu den Vorjahren. Berücksichtigt man nun, daß die verhältnismäßig guten Resultate bei einer heute üblichen Lehrzeit von 3 1/2 Jahren erzielt sind, so ist es nicht ganz erfindlich, warum die Lehrzeit verlängert werden soll. Will man die Leistungen noch erhöhen, oder ist der Beschluß vielleicht doch etwas egoistischer Natur? Daß das Erstere kaum der Fall sein wird, beweisen die Resultate früherer Jahre, wo den Lehrmeistern die Ausbildung allein überlassen war. Wenn heute Besserungen zu verzeichnen sind, so sind die Lehrherren wirklich nicht dafür verantwortlich zu machen. In allererster Linie ist es die Fachklasse der Fortbildungsschule, deren Leiter für sich das Verdienst in Anspruch nehmen können, in der Ausbildung Hervorragendes geleistet zu haben. Trotzdem kann man die Beobachtung machen, daß sehr viele Meister der Fachschule nicht gerade sympathisch gegenüberstehen. Das Warum wird wohl jedem geläufig sein.

Aus vorstehendem ist auch ersichtlich, weshalb man in Meisterkreisen mit eiserner Konsequenz die Einmischung der Gewerkschaften in Lehrlingsfragen ablehnt. In Ermangelung anderer Argumente bedient man sich des — höheren Orts bescholenen — Schlagwortes „Lehrlingsfragen sind Erziehungsfragen“. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß die Interessen des Erziehungsobjekts in den weitaus meisten Fällen zugunsten des Erziehers vernachlässigt werden. Auf der angeführten Ausstellung konnte man die Beobachtung machen, daß manche Lehrherren nicht einmal in der Lage sind, den Auslernenden einwandfreies Material zur Herstellung des Prüfungsstückes zu liefern. Die weniger guten Resultate sind in der Hauptsache auf diese Kalamität zurückzuführen.

Sehr viel Schuld haben aber auch die Eltern, die wahllos ihre Söhne Lehrmeistern anvertrauen, von

denen einwandfrei feststeht, daß sie in „Erziehungsfragen“ die allerngeeignetsten Leute sind. Würden die Eltern und Vormünder, bevor sie ihre Schutzbefohlenen in die Lehre geben, sich mit der Gehilfenorganisation in Verbindung setzen, der Lebensweg des Lehrlings würde ein ganz anderer sein. Und vor allen Dingen würden Innungsbeschlüsse unmöglich sein, deren Tendenz klar vor Augen liegt. Auf der einen Seite überläßt man die Ausbildung in wohlwollender Weise der Fachschule; andererseits ist man nicht abgeneigt, die Erfolge dieses Instituts für sich nutzbar zu machen.

In letzter Zeit kann man auch die Wahrnehmung machen, daß Arbeitgeber bestrebt sind, die Lehrlinge nationalen Turn- und Sportvereinen zuzuführen. Gegen die Bestrebungen, die Jugend körperlich zu ertüchtigen, ist an sich wohl kaum etwas einzusetzen. Seltsam ist dabei nur, daß man diese Bestrebungen mit einem Male so intensiv betreibt und daß sie sich so allgemein bemerkbar machen. Auch in dieser Richtung wird man wohl zentralen Anweisungen Folge leisten. Man wird auch wohl weniger Wert auf körperliche Ertüchtigung legen; die Hauptsache ist aber auch hier, die Jugend in ihrem Sinne erziehen. Die Verbandskollegen werden gut tun, ihr Augenmerk auf diesen Punkt zu richten.

Auch für uns ist es von Interesse, wie die Jugend erzogen wird. Auf jeden Fall wird die Gehilfenschaft auf dem Posten sein müssen und immer wieder versuchen, bei der „Erziehung“ ein Wortchen mitzureden.
Silberg, Hamburg.

Reichspräsident und Volk!

Die Wahl des Reichspräsidenten ist von der Sozialdemokratischen Partei angefochten worden, auf Grund von Mitteilungen über gekehrte Wahlbeeinflussungen, besonders aus ländlichen Wahlkreisen.

In der Vorkriegszeit waren die Landjunker ob ihrem Wahlterror geradezu berüchtigt und es wurden damals nicht wenig Wahlen für ungültig erklärt wegen der brutalen Wahlbeeinflussung, die sich diese Golen der Nation herausnahmen.

Es hat fast den Anschein, als ob diese alten Gewohnheiten wieder neu angelebt sind, wenn die Nachrichten, die darüber verbreitet werden, sich als wahr erweisen, woran kaum zu zweifeln ist. In diesem Zusammenhang muß man daran denken, was alles getan wurde, um das Ansehen des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert herabzusetzen. Vor keiner Gemeinheit wurde halt gemacht, jedes Mittel war hierzu recht. Solche Leute schrecken vor nichts zurück, um ihr Ziel zu erreichen. Im Wahlkreis Gardelegen hat der Reichsbot allen, die am 26. April nicht wählen kommen, mit öffentlicher Brandmarkung gedroht. In den Wahlkreisen Bremen, Halle, Merseburg, Magdeburg, Barunischweig, Dresden, Thüringen und Oberbayern soll gegen das Wahlgesetz verstoßen worden sein, indem dünne, durchsichtige Kugeln als Umschläge verwendet wurden. Dadurch war es möglich, zu erkennen, wo der

Wähler das Kreuz gemacht hat. Auch die Wahlfrist, Stimmzettel von roter Farbe für den zweiten Wahlgang zu verwenden, ist nicht überall beachtet worden. Der Wahlprotest stellt auch Verstöße und Wahlbeeinflussungen durch Wahlvorsteher fest.

Im allgemeinen verhalten sich ja die „Sieger“ vom 26. April ziemlich kleinlaut, dieser Sieg scheint ihnen am Ende selbst nicht recht angenehm zu sein. Man hört denn auch murren, daß an der Politik der Regierung nicht das geringste geändert werden soll. Auch hier dürfte indes jener Satz gelten: So etwas sagt man nicht, aber man tut es. — In letzter Stunde kommt die Meldung, daß die Wahl hindersburgs durch das Wahlprüfungsgericht trotz der vorgekommenen Verstöße am 8. Mai für gültig erklärt wurde.

Aus unseren Berufstreifen.

Ueber die Verhältnisse im Möbel- und Tapezierergewerbe Hollands entnehmen wir einem Bericht in der „Internationalen Union“ folgendes:

„Am Dezember des vorigen Jahres wurde der am 14. März 1925 abgelaufene Tarifvertrag von beiden Seiten gekündigt. Der Verband der Möbeltischler und Tapezierer hatte dabei die Absicht, womöglich eine Besserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, während die Unternehmer hingegen darauf hinielten, die bestehenden Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.“

Im Januar d. J. hat der holländische Verband dem Arbeitgeberverband seine Vorschläge unterbreitet. Die wichtigsten davon waren: 1. Erhöhung der Stundenlöhne über 50 Cents mit 4 Cents und der Stundenlöhne unter 50 Cents mit 3 Cents. 2. Einführung von zwei neuen Lohnklassen für die 18- und 19jährigen Gesellen. (Die Löhne sind jetzt erst vom 20. Lebensjahre an verträglich geregelt.) 3. Herabsetzung der Ueberstundenzahl von 200 auf 150 pro Jahr und Erhöhung des Zuschlages von 20 auf 25 Prozent. 4. Verlängerung der Urlaube auf eine Woche pro Jahr. (Jetzt vier Tage pro Jahr.) 5. Einrichtung einer ständigen Schlichtungskommission für das Möbel- und Tapezierergewerbe. 6. Aufnahme eines besonderen Paragraphen zur Regelung der Haftpflicht zur Einhaltung des abgeschlossenen Vertrages.“

Am 21. Februar fand eine gemeinsame Sitzung der Arbeitgebervertreter und des Verbandsvorstandes statt. Schon im voraus hatte die Unternehmungskommission erklärt, gewillt zu sein, dem von verschiedenen Seiten auf sie ausübten Drang nach Herabsetzung der Löhne keine Folge zu leisten, sondern den angeschlossenen Unternehmerorganisationen zu empfehlen, den bestehenden Vertrag um ein Jahr zu verlängern.

Auch während der und nach den geführten Verhandlungen weigerten die Unternehmervertreter sich, weitere Zugeständnisse zu machen.

Der Verbandsausschuß hat daraufhin die Ergebnisse dieser gemeinsamen Konferenz einer Beratung unterzogen und dazu Stellung genommen.

Der Bauernkrieg.

Allgemeines.

D. L. V. Im April 1925 waren 400 Jahre seit dem großen deutschen Bauernkrieg verstrichen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben ein besonderes Interesse an dieser großen geschichtlichen Begebenheit. Wir wollen in einigen Artikeln die Verhältnisse, die vor und nach dem Bauernkrieg bestanden, schildern. Das heißt, wir wollen versuchen, in aller Kürze das Wichtigste und Wesentlichste aus den Ereignissen der damaligen Zeit herauszugreifen und darzustellen. Die Kenntnis der Geschichte ist für den Arbeiter ganz besonders notwendig. Der Geschichtsunterricht hat von jeher der herrschenden Klasse dazu gedient, die Köpfe der arbeitenden Bevölkerung zu beherrschen. Der Geschichtsunterricht, den der Volksschüler, ganz besonders auf dem Lande, bekommt, ist weiter nichts als eine Darstellung der blutigen Kriege und der Schlachten, die im Laufe der Jahrhunderte geschlagen worden sind. Weiter eine Verherrlichung der Fürstengeschlechter, die die Macht ausgeübt haben. Der in der Schule erteilte Geschichtsunterricht steht vielfach im strengen Gegensatz zu den tatsächlichen Vorgängen in der Geschichte. Wichtig für uns Arbeiter ist es doch, die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge kennenzulernen, welche Veränderungen im politischen und Wirtschaftslieben im Laufe der Zeit vor sich gegangen sind. Die wirtschaftlichen Triebkräfte beeinflussen das gesamte übrige Leben. Wir werden beim Studium der Geschichte finden, daß im Laufe der Jahrhunderte gewaltige Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen Leben vor sich gegangen sind. Der fatalistisch eingestellte Arbeiter und die Verfechter der Interessen der herrschenden Klasse sagen uns, daß es immer auf der Welt Herren und Knechte gegeben

habe. Deshalb wenden sich diese Leute gegen jeden Fortschritt oder stehen Bestrebungen, die Entwicklung vorwärts zu treiben, gleichgültig gegenüber. Schon bei einer ganz knappen Darstellung der Geschichte werden wir finden, daß die Gesellschaft durchaus nicht immer in Herren und Knechte eingeteilt gewesen ist. Wenn diese knappe Darstellung der Verhältnisse vor und nach dem großen Bauernkrieg ein klein wenig zur Aufklärung nach dieser Richtung hin beiträgt, hat sie in vollem Umfange ihren Zweck erfüllt.

Die Bauern in alter Zeit.

Der Bauer tritt in unserem Vaterland als ein freier Mann in die Geschichte. Die Bauern waren in den Markgenossenschaften zusammengeschlossen. Der im Besitz einer Markgenossenschaft befindliche Grund und Boden war das Gemeineigentum sämtlicher Markgenossen. Wiesen, Wälder, Weiden, Flüsse, Seen, alles stand den einzelnen Markgenossen zur Mitbenutzung zur Verfügung. Das Ackerland wurde jährlich zur Verteilung gebracht. Auf den guten und schlechten Ländereien wurde einem jeden Genossen ein gleich großes Stück angewiesen. Derartige Ueberreste eines Gemeineigentums, also eines ursprünglichen Kommunismus, haben sich bis in die neueste Zeit hinein erhalten. Noch im 17. und 18. Jahrhundert wurden in einzelnen Teilen Deutschlands in einigen Gemeinden die Ländereien in gewissen Abschnitten verlost. Diese Verteilung der Ländereien wurde in öffentlichen Versammlungen vorgenommen. Demgemäß lebten die Markgenossen auch in politischer Beziehung unter demokratischen Verhältnissen. Politische Fragen wurden in großen öffentlichen Versammlungen erörtert. Auch die Justiz wurde von den Markgenossen selbst ausgeübt. Es herrschten Freiheit und Gleichheit. Der freie Bauer

bildet den Grundstock des Heeres. Er mußte also mit in den Krieg ziehen.

Es gab zu jener Zeit keine Hörigen, keine Leibeigenen, keine besitzlosen Landarbeiter, auch keine schwerreichen Großgrundbesitzer. Dieser Zustand hat Jahrhunderte hindurch gedauert. Wir werden in den weiteren Darlegungen sehen, wie der sich bildende Großgrundbesitzer die Markgenossenschaften zerstört, und wie infolge davon die politischen Rechte der Markgenossen im Laufe der Zeit beseitigt worden sind.

Verfall der Markgenossenschaften.

Nach und nach gerieten die Markgenossenschaften in Verfall. In den alten großen Marken wurden neue Dörfer angelegt. Dadurch wurde die Feldmark geteilt und zersplittert. Die großen Marken lösten sich in viele kleine Dorfmarken auf. Biersack kam es vor, daß einzelne Teile der Feldmark an Privatpersonen verkauft wurden. Solche Privatpersonen schieden dann gewöhnlich aus den Markgenossenschaften aus. Das Privateigentum wirkte zerstörend auf den Stand der Markgenossenschaften. Die Verlosung der Acker hörte auf. Nach und nach wurde aus dem Nutzungsrecht, das in der Markgenossenschaft für die einzelnen Markgenossen bestand, ein dauerndes Eigentumsrecht. Bei den Erbeerungszügen, die die alten Germanen machten, wurde besonders an die Heerführer, an die Großen des Volkes, viel Land zur Verteilung gebracht. Die weltlichen und nicht zuletzt die geistlichen Würdenträger verstanden es, sich in den Besitz von großen Ländereien zu setzen. Schon zur Zeit Karls des Großen waren weite Strecken Ländereien in den Händen einzelner Befehlshaber. Siegreich drang nun in der Folgezeit der Großgrundbesitz vor. Er war keine Seltenheit, daß sich in den Händen des einzelnen Besitzers 8000 bis

Da offenbar keine Aussicht auf weitere Zugeständnisse von Unternehmerseite bestand, beschloß der Vorstand, den Mitgliedern zu raten, der Verlängerung des Vertrages um ein Jahr zuzustimmen. Die abgehaltenen Mitgliederversammlungen haben sodann beschloßen, das Gutachten des Ausschusses zu befolgen.

Deshalb der holländische Verband infolge der umfangreichen Arbeitslosigkeit keine Besserungen erzielen konnte, ist doch soweit ein Fortschritt zu verzeichnen, daß die holländischen Möbelfischer und Tapezierer zum ersten Male seit dem Jahre 1920 keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu akzeptieren hatten. Es läßt sich somit erhoffen, daß der Verband im nächsten Jahre wieder eine erhebliche Besserung der Arbeitsbedingungen erzwingen wird.

Niel Arbeit bleibt jedoch noch zu tun übrig, da erst kürzlich im ganzen Lande die Aktion angefangen hat, um auch mit den unorganisierten Arbeitgebern den Vertrag zu erneuern.

Dem Jahresbericht des Gewerkschaftsartikels in Zürich entnehmen wir, daß im Jahre 1924 in Zürich rund 125 Tapeziererhilfen beschäftigt waren. Davon sind freigewerkschaftlich organisiert gewesen 70, christlich 30, und der Rest von 25 war gar nicht organisiert. Beklagt wird über große Lehrlingszuchterei, für welche der Beruf nicht aufnahmefähig ist, so daß viele nach beendeter Lehrzeit den erlernten wieder aufgeben müssen. Aus diesem Grunde entstehen auch immer mehr Kleinmeister, gerade wie in Deutschland auch. Es wurde auf Grund guter Konjunktur ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bis Ende März 1926 gilt. Der Stundenlohn beträgt danach 1,90 Franken. Ferien gibt es 3-6 Tage.

Einleumleger gibt es 31, die sämtlich organisiert sind. Bei ihnen ist der Stundenlohn 2,04 Franken. Nach einem Jahr gibt es 6 Tage Ferien. Je nach Beschäftigungsdauer erhöhen diese sich bis auf zwölf Tage.

Im Safflergewerbe, so wird berichtet, herrscht vollständige Grabesruhe. Die Zahl der Kleinmeister sei so groß, daß sie sich zur Landesplage auszuwachsen scheine, auch sie leben nur von der Lehrlingsausbeutung. Man ersieht hieraus, daß auch in der freien Schweiz die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht besser sind als bei uns.

Im allgemeinen wird darüber gesagt, daß die gewerkschaftliche Entwicklung sehr gehemmt wurde durch die Wirtschaftskrise, insbesondere aber auch durch die politischen Differenzen, die auch in den Gewerkschaften ihren Niederschlag fanden. Eine Gesundung sei indes zu verzeichnen, und wenn es weiter gelingt, alles was nicht in die Gewerkschaft hineingehört, zu entfernen, und dafür in den Vordergrund zu stellen, was ihr dienlich und förderlich ist, dann muß es wieder vorwärts gehen zu Macht und Erfolg.

Die Züricher Organisation der Bekleidungs- und Lederarbeiter zählte am Schluß des Jahres 1923 739 Mitglieder, am Schluß des Jahres 1924 703. Insgesamt sind zurzeit in Zürich 14 325 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert gegen 12 935 im Jahre 1923 ein Mehr von 1390.

9000 Morgen Land befehen. Besitzer von 30 000 bis 60 000 Morgen gehörten durchaus nicht zu den ärmsten Ausnahmen. Diese Angaben sind aus dem Werk „Deutsche Geschichte“ von Lamprecht entnommen. Alle diese Besitzer schieden selbstverständlich aus der Markgenossenschaft aus und bekamen durch ihren gewaltigen Besitz ein wirtschaftliches Übergewicht gegenüber den anderen Volksgenossen.

Diese Großgrundbesitzer zwangen die freien Bauern in die Knechtschaft. Sie nahmen ihnen das Verfügungsrecht über das Land und zwangen sie, Hand- und Spanndienste zu leisten. Der Bauer wurde ein Höriger. Vielfach gelang es auch den Großgrundbesitzern, die Bauern einer Dorfmark wirtschaftlich von sich abhängig zu machen. In solchen Fällen wurde ihnen das Land nicht genommen, sie erhielten es als Zins- und Dienstlehen zurück. Dadurch wurden die Bauern zu untergebenen Gliedern der Fronhöfe der Grundherren.

Diese Entrechtung auf wirtschaftlichem Gebiet zog die Entrechtung auf politischem Gebiete nach sich. Die Volksgenossenschaften, in denen der freie Mann über seine Geschichte selbst bestimmte und beschloß, hörten auf. Die Ausübung der Justiz durch die freien Bauern wurde ebenfalls beseitigt. Wir sagten eingangs, daß die freien Bauern wehrpflichtig waren. Diese Wehrpflicht wurde auch beseitigt, um die politische Entrechtung der Bauern vollständig durchzuführen. Alle Augenblicke wurden die Markgenossen von der Arbeit ab- und zum Heere einberufen. Dadurch hatte die Wirtschaft selbstverständlich empfindlich zu leiden. So kam es, daß viele Bauern freiwillig auf ihre Freiheit verzichteten und sich in den Schutz irgendeines Mächtigen begaben. Wo es nicht freiwillig geschah, wurden die Bauern dazu gezwungen. Hinzu kommt auch, daß der Kriegs-

Die Lage in der Ledertreibriemen-Industrie. Die Beschäftigung ist in den letzten Monaten im allgemeinen nicht schlecht gewesen, doch klagen die Fabrikanlagen über schlechten Geldgang. An Stelle der sofortigen Barzahlung tritt immer mehr das System der Sicht- und Kuponzahlung. Es wird berichtet, daß die Häute- und Lederpreise etwas zurückgegangen seien und daß der Import, die Einfuhr ausländischer Riemenleder, immer mehr zunimmt, dadurch sei ein Konkurrenzkampf entstanden, der jeder Beschreibung spottet. Die Industrie wolle nur billig kaufen, unbestimmt um die Qualität der Riemen. Das klingt allerdings nicht gerade sehr glaubwürdig, denn andererseits wird wieder versichert, daß gute Treibriemen aus inländischem Leder noch immer bevorzugt wurden. Natürlich folgt denn auch gleich die Lösung über die Ursache dieser Darstellung. Die Industrie verdient zu wenig oder gar nichts. Die Löhne und Gehälter jedoch mußten erhöht werden, die Steuerlasten sind untragbar und — die Ferien der Angestellten und Arbeiter sind ebenfalls eine zu starke Belastung. Die weitere Entwicklung der Industrie hänge von der innen- und außenpolitischen Lage ab, die auch nach erfolgter Reichspräsidentenwahl völlig ungetrübt ist.

Die Lederpreise sind ziemlich unverändert geblieben, eher sind sie etwas zurückgegangen.

Ueber die Ursachen der hohen Häutepreise geht man nach wie vor herum, wie die Kasse um den heißen Brei. Es wird zugegeben, daß die Häuteverwertung in den Händen der Großhändler liegt, die auch die Häuteauktionen veranstalten und die Preise bestimmen. Man redet aber so drum rum um den Kern der Frage und meint, letzten Endes hänge die Preisbildung ab von Angebot und Nachfrage. Man verschweigt dabei nur, daß der Häutekonzern die Frage des Angebots nach Bedarf reguliert, indem er zurückhält mit der Ware. Weshalb den Fels, aber mache ihn ja nicht naß, dies Wort gilt hier besonders.

In Deutschland bestehen zirka 2000 Gerbereien. Davon sind nur 50 größeren und mittleren Umfangs, und wiederum darunter nur 6-8 größten Umfanges. Alle anderen sind mehr oder weniger Kleinbetriebe. Die großen Gerbereien sind natürlich ausschlaggebend auf den Auktionen, ob sie kaufen oder nicht kaufen, immer werden sie einen großen Einfluß auf den Markt haben.

Streit der Tapezierer in Hamburg.

Am Sonnabend, den 2. Mai, wurde in einer Morgenversammlung mit übergroßer Mehrheit der Streit beschloßen. Durch diesen Beschluß bewiesen die Hamburger Tapezierer, daß sie nicht geneigt sind, länger als Objekt der Taktik der Arbeitgeber betrachtet zu werden. Sie haben die Verstärkungsmandate der Herren Arbeitgeber satt. Die Argumente, die zur Ablehnung von Gehaltsforderungen herhalten mußten, sind derart verbraucht, daß sie heute nicht mehr ziehen. Die erorbitant hohen Löhne sollen nicht mehr für das Gewerbe tragbar sein. Man spricht von der Berarmung des Handwerks. Nur von den Preisen redet man nicht. Es

biens! in der Hauptsache zu Pferde ausgeübt wurde. Es entstand der Ritterdienst. So kam es, daß die politische und militärische Führung in die Hände der Großgrundherren geriet. Die freien Bauern waren verschwunden. Aus ihnen waren Hörige, Untergebene der Großen des Landes geworden.

Der Ritter zog auf die Jagd, in den Krieg, bekam die Welt zu sehen. Der Bauer war an die Wirtschaft gefesselt und mußte schwer arbeiten. So entstand eine große Kluft zwischen beiden Ständen. Der Ritter und Adlige verachtete den Bauer.

Aber in jener Zeit waren die Verhältnisse immer noch nicht so schlimm, wie sie sich in den späteren Zeiten entwickelt haben. Die leibeigenen und hörigen Bauern bildeten gegenüber den Großgrundbesitzern immer noch eine feste Genossenschaft. Die Hälfte der Arbeitszeit konnten sie zur Bearbeitung ihres Aekers verwenden. Die Steuern und Abgaben waren nicht allzu hoch. Der Großgrundherr hatte kein Interesse an der übermäßigen Ausbeutung seiner Untergebenen. Die Abgaben, die ja in Naturalien erfolgten, konnten noch nicht, wie in späterer Zeit, in Geld umgemünzt werden. Diese Abgaben erfolgten nur, um den Ritter, den Landesherren und ihren Anhang zu ernähren. Die Höhe dieser Abgaben fanden also gewissermaßen ihre Grenzen an den Magenwänden der Feudalherren. So kam es, daß sich der Bauernstand eines gewissen Wohlstandes erfreuen konnte. Ja, die allen Geschichtschreiber berichten von dem Wohlleben und von dem Luxus, den viele Bauern in jener Zeit entfalten konnten. Das wurde erst nachher anders, als sich die Anfänge des Kapitalismus und der Warenproduktion bemerkbar machten. Diese Entwicklung wollen wir im nächsten Artikel zu zeichnen versuchen.

(Fortsetzung folgt).

ist durchaus kein Geheimnis, daß die Gehilfenstunden heute mit 2,50 bis 3 Mk. berechnet werden. Man begründet die Preise mit den hohen Steuern und verschweigt beiseitenerweise, daß man trotzdem ein gutes Geschäft macht. Eigentümlich berührt es, daß bei eintretendem Gehilfenmangel der hohe Lohn so gar keine Rolle spielt. Ist es doch zu verzeichnen, daß verschiedene Meister bereit sind, heute schon weit über die Forderung (1,25 bis 1,35 Mk.) zu bezahlen mit der ausdrücklichen Erklärung: der Lohn sei neben-sächlich. Und daß man mit etwas gutem Willen bezahlen kann, beweisen die Verhältnisse im Hamburger Malergewerbe, wo seit dem 1. März 1,20 Mk. und vom 1. April ab 1,25 Mk. tariflich bezahlt wird; ganz abgesehen davon, daß bei den Malern die genannten Löhne in den weitaus meisten Fällen überboten werden.

Die Tapezierer stehen zu ihren Forderungen und werden mit allen Mitteln diese durchzusetzen suchen. Wenn der Frieden im Gewerbe gestört ist, so trifft die Verantwortung die Arbeitgeber. W. S.

Ist die Arbeitnehmerschaft eines Betriebes ohne feste Vereinigung fähig, einen Tarifvertrag abzuschließen?*)

In Nr. 13 des Reichsarbeitsblattes Seite 188 macht der Reichsarbeitsminister auf die Verordnung über Tarifverträge aufmerksam (23/12, 1918, Reichsgesetzblatt Seite 1456). Im Sinne dieser Verordnung kann ein Tarifvertrag auf Arbeitnehmerseite nur von Vereinigungen von Arbeitnehmern abgeschlossen werden. Die Arbeitnehmerschaft eines Betriebes ist keine Vereinigung.

Nach geltendem Recht steht jedoch nichts im Wege, daß sich die Arbeitnehmer eines Betriebes zwecks Vertretung ihrer Arbeitnehmerbelange zu einer Vereinigung zusammenschließen. Eine solche Vereinigung kann, wenn sie die sonstigen Voraussetzungen dafür erfüllt, tariffähig sein. Tariffähig ist aber eine Arbeitnehmervereinigung nicht schon dann, wenn sie lediglich aus Arbeitnehmern besteht und zu ihren hauptsächlichsten Aufgaben die Regelung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zählt; vielmehr wird außerdem vorausgesetzt, daß die Vereinigung die Eigenschaft besitzt, die sie befähigen, Träger eines Tarifvertrags zu sein. Sie muß also imstande sein, die sich hieraus ergebenden Pflichten zu erfüllen und ihre und ihrer Mitglieder Rechte wahrzunehmen. Eine Vereinigung von Arbeitnehmern muß hierzu vor allem frei von jedem Einfluß von Arbeitgeberseite sein; sie muß nach ihrem Wesen und Verhalten die Gewähr bieten, daß sie die Belange ihrer Mitglieder selbständig und unabhängig wahrnimmt.

Die Arbeitnehmer einer Mühle hatten sich auf Veranlassung des Arbeitgebers zu einer Vereinigung zusammenschloßen, damit dieser die Mächtigkeits zu einer tariflichen Verlängerung der Arbeitszeit erhielt. Der Zweck der Vereinigung war mit der Unterschrift der drei Beauftragten unter den vorgelegten Tarifvertragsentwurf des Unternehmers am selben Tage erfüllt, dann ging sie wieder schlafen.

Diese Vereinigung wird nicht als tariffähige Organisation anerkannt.

Voraussetzung zum Abschluß eines Tarifvertrages ist mithin, daß eine Vereinigung der Arbeitnehmer besteht, die bestimmte Vereinsorgane besitzt und bestimmte Zwecke verfolgt und ganz unabhängig vom Unternehmer ist.

Die Berliner Tapezierer-Zwangs-Innung zum Streit.

In Nr. 9 der „Allgemeinen Tapezierer-Zeitung“ verkündet Herr Franz Holzgamer, derzeitiger Obermeister, daß die Innung im Tapeziererstreik siegreich war. Der Sieg der Tapeziererinnung besteht darin, daß der Gehilfenlohn erhöht werden mußte und daß in der Ferienfrage und ganz besonders in der Arbeitszeitfrage die beabsichtigten Verschlechterungen seitens der Innung nicht erzielt wurden. Wenn das alles von Herrn Franz Holzgamer als Sieg gebucht wird, dann möge er immer sich daran erfreuen und mit dem Nimbus des Siegers umkleiden. Wahrscheinlich hat er ganz vergessen, daß die Unternehmer resp. die Innung die 48- bzw. 54stündige Arbeitszeit einführen wollten und sich Verhandlung mit den Gehilfenvertretern brüsk ablehnten. Wie mögen die Kenner der Verhältnisse solche Siegesfanfaren belachen.

Der Vorstand des Deutschen Tapeziererbundes beruft zum 6. Juni die Fachschulfeier zu einer Tagung nach Berlin. Es soll Beschluß gefaßt werden über die Gründung einer höheren Fachschule. Auch soll ein Lehrplan für Fachschulen beraten und aufgestellt werden.

Im Kampfe gegen die Schmutzkonkurrenz muß die Innung ihre Mitglieder veranlassen, jede un-

*) Bescheid des Arbeitsministers vom 6. März 1925.

lautere Resame zu unterlassen. Sie verlangt des- halb Strafrecht, damit sie gegen Zuwiderhandelnde vorgehen kann. Anscheinend lernt man auch einsehen, daß der Tarifvertrag ein gutes Mittel ist, wenn er eingehalten wird, um den unlauteren Wettbewerb zu bekämpfen.

Korrespondenzen.

Hamburg. Versammlung vom 22. April. Haupt- sächlicher Riebel entwarf ein Bild über die Entwick- lung unseres Verbandes nach der Inflation. Mit der Einführung der Rentenmark setzte eine starke Arbeitslosigkeit ein. Die Aufhebung der Demobilis- machungsverordnung machte die Arbeitgeber an- griffsunfähig, so daß in zahlreichen Fällen Kämpfe geführt werden mußten, die Goldmarkbeiträge waren noch rechtzeitig eingeführt worden, so daß diese Kämpfe finanziert werden konnten. Der Achtsunden- tag konnte mit wenigen Ausnahmen gehalten werden, in den Hamburger Gummiabriken leider nicht. Hier wird für die 9. und 10. Arbeitsstunde kein Auf- schlag bezahlt; was das bei 4500 Arbeitern be- deutet, ist klar. Der gewerkschaftliche Gedanke ist trotzdem nicht erschüttert.

Nach Erstattung des Kassenberichts wurde be- schlossen, ab 1. Mai einen Lokalbeitrag von 10 Pf. zu erheben. Als Kassierer wurde Hermann Lemsky, Marienstr. 63, gewählt. Nächste Versammlung am 8. Mai. **Wolfschalt.**

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlä- gigen Verhältnisse zu erkundigen.

Fahrzeugindustrie.

Breslau. Günstig. Aussperrung im Waggonbau dauert an.

Tapezierergewerbe.

Hamburg. Der Lohnkampf geht weiter. **Hensburg.** Lohn- und Tarifkampf. **Liegnitz.** Lohnkampf.

Meidet streng die bestreikten Ortschaften!

Rundschau.

Im Berliner Tageblatt vom 4. Mai lesen wir: Der russische Zentralrat der Gewerkschaften habe die Beschlüsse des kürzlich in London tagenden Kongresses gutgeheißen. Dort wurde beschlossen, sofort die nötigen Schritte zu ergreifen, um den Anschluß der Moskauer an die Amsterdamer Internationale in die Wege zu leiten. MacDonald soll sich auch für diese Einigung eingesetzt haben. Williams fordert Einigung mit den Deutschen und Kampf gegen die schlechte Be- zahlung der deutschen Arbeiter, der Hauptursache des schweren deutschen Wettbewerbs.

Die dänischen Gewerkschaften führen zurzeit einen schweren Kampf mit dem Unternehmertum. Am 4. Mai nahmen sie Stellung hierzu auf besonderen Generaterversammlungen. Mit 90 Proz. Stimmen Mehrheit wurde beschlossen, allen Gewerkschaften zur Pflicht zu machen, erneute Verhandlungen anzubahnen. Da auch von der Regierung und aus sonstigen Kreisen der Wirtschaft ein baldiger Abschluß des Kampfes angestrebt wird, hofft man bald zur Verständigung zu gelangen.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes fordert in einem Rundschreiben die Gewerkschaftszentralen der Länder auf, für die dänischen Gewerkschaften unverzüglich eine Hilfsaktion zu organisieren, damit diese den Kampf gegebenenfalls fortsetzen können. Der Deutsche Gewerkschafts- bund hat bereits 400 000 Goldmark abgeleandt.

Ans der Gewerkschaftsbewegung ist zu berichten, daß der Verband der Maler am 1. April 1925 auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Zu Weihnachten 1884 wurde der Verband in Dresden gegründet, trat aber erst am 1. April 1885 ins Leben. Volle 15 Jahre dauerte es, ehe das erste Zehntausend der Mitgliederzahl erreicht wurde, 1904 wurde das zweite, 1906 das dritte, 1910 das vierte und 1912 das

fünfte Zehntausend überschritten. Der Krieg brachte einen starken Rückgang, aber schon 1920 wurde die frühere Mitgliederstärke wieder eingeholt und 1922 das sechste Zehntausend erreicht. Die Inflation hat den Verband leider wieder auf 40 000 zurückgeworfen, aber schon regt es sich zu neuem Aufbau. Das Fach- organ blickt ebenfalls auf eine reiche Geschichte zurück. Vom Januar 1866 an erschien es als Maler-Vereins- blatt; im Januar 1887 erhielt es den Titel „Corre- spondent“, unter dem es im September 1888 einem gänzlichen Verbot zum Opfer fiel. Seitdem erschien es unter dem Namen Vereinsanzeiger und seit dem Jahre 1924 hat es den Namen „Der Maler“ ange- nommen. Vier Jahrzehnte bedeuten in der Entwick- lung der Gewerkschaftsbewegung einen Fonds un- verwirklichter Kraftentfaltung, der der Arbeiterschaft dauernde Früchte trägt. Wir wünschen unserer Bru- derorganisation ein gesundes Gedeihen!

In diesen Tagen blickt auch der Redakteur des Malerorgans Martin Marx auf eine 25jährige Dienstzeit zurück. Trotz seiner 60 Jahre hat sich Marx eine ungeheuerliche Arbeitskraft bewahrt, die dem Verbands hoffentlich noch recht lange erhalten bleibt, denn bei Marx liegt das Verbandsorgan in guten Händen. Am Malerverband findet vom 2. bis 10. Mai eine Urabstimmung über die Verschmelzungs- frage statt. In erster Linie kommt der Baugewerks- bund in Frage. Maler sind aber in einer großen Zahl von Industriebetrieben aller Art beschäftigt. Es dürfte daher für uns von ganz besonderem Interesse sein, wie diese Urabstimmung ausfällt.

Die Fleischer halten ihren 9. Verbandstag am 17. Mai in Berlin ab. Die Tagesordnung enthält ausschließlich Berufsangelegenheiten.

Die Lithographen und Steindrucker tagen am 10. August in Köln am Rhein. Der Ver- lehrsbund am 16. August in München.

Die Fabrikarbeiter tagen am 5. Juli in Leipzig. Die Hutarbeiter tagen am 29. Juni in Köln. Die Buchbinder am 27. Juli in Hamburg.

Der frühere Vorsitzende des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Albin Mohs, ist im 58. Lebensjahre gestorben. Er war zuletzt in Schöne- berg als besoldeter Stadtrat in der sozialen Fürsorge und im Arbeitsamt tätig, wo er sich große Verdienste erworben hat.

Was sich die Amerikaner herausnehmen. Der Dollar herrscht in der Welt des Kapitalismus fast un- umschränkt. Das „Berliner Tageblatt“ vom 16. April bringt folgende Notiz:

„Seit einiger Zeit haben die Schweizer Wirt- schaftskreise dagegen protestiert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Beamte des Schahams damit beauftragt hat, bei den schweizerischen Fabri- kanten die Herstellungskosten gewisser nach den Vereinigten Staaten ausgeführten Waren zu er- mitteln. Die damit beauftragten amerikanischen Beamten sind soweit gegangen, die Vorklage der Ge- schäftsbücher von den schweizerischen Firmen zu verlangen. Mehrfach ist die Regierung der Vereinig- ten Staaten auch in andern Ländern vorgegangen. Die Firmen, die sich dieser Kontrolle nicht unter- werfen wollten, wurden von amerikanischen Schah- amt nicht mehr zur Einfuhr zugelassen. Von schweizerischer Seite ist gegen diese Art der Kon- trolle mit dem Hinweis protestiert worden, daß sie der Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen gleich- komme. Die Bundesregierung hat versucht, auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen eine Wiederein- setzung jener Kontrolle herbeizuführen. Als dies erfolglos blieb, hat sie in freundschaftlicher Weise die Re- gierung in Washington darauf aufmerksam gemacht, daß ein derartiges Vorgehen mit dem im Handels- verkehr allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundprinzip nicht vereinbar sei.“

Die Wiedereröffnung der Herberge der freien Gewerkschaften im Düsseldorfer Volkshaus ist nun- mehr erfolgt. In der vierten Etage des Volkshauses, Wallstraße 10, befinden sich Tagesaufenthaltsräume, Schlafsaal mit 20 Betten und Ankleidezimmer. Die Einrichtungsgegenstände sind vollständig neu beschafft worden und ist damit den arbeitenden freien Ge- werkschaftern eine laubere und billige Schlafgelegen- heit verschafft worden.

Die Herberge des Düsseldorfer Volkshauses wurde im Kriege geschlossen und konnte wegen Raummangel später nicht wieder eingerichtet werden. Als Räume freigemacht werden konnten, entschlossen sich die Ge-

werkschaften, durch Zahlung eines Ggbeitrags die Einrichtungsgegenstände neu zu beschaffen.

Da die Stadtverwaltung den Mietern des der Volkshausverwaltung gehörenden Hauses, Wallstr. 12, Ersatzwohnungen zur Verfügung stellt, ist die Ver- legerung und Vergrößerung der Herberge in diesem Haus zu erwarten. Die jetzige Herberge soll dann in eine Jugendherberge umgewandelt werden.

Bücherschau.

Katgeber für Gewerbetreibende. Von Otto Mienka. Verlag von Herose, Wittenberg Bez. Halle. Preis 2 Mk. Das Buch behandelt die amerikanische Buchführung, die Wechsel, Scheck- und Kalkulations- lehre, Genossenschafts-, Versicherungs-, Steuerwesen, kurz alles, was ein Geschäftsmann braucht, der mög- lich vor allerlei kritische Fragen gestellt wird, die er sich aus eigenem Wissen nicht beantworten kann. Es trägt deshalb seinen Titel mit Recht.

„Soziale Bildung“. Von Dr. Th. Tischauer. Verlag Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei in Jena. Preis 1,20 Mk. Herausgeber ist die Berliner Gewerkschaftskolleg, die damit den Anfang zur Herausgabe einer Schriftenreihe macht, um Anregung zu systematischen Studien zu geben. Der Verfasser ist Lehrer an der Gewerkschaftsschule und hat den Extrakt seiner Vorträge in diesen Blättern zu- sammengefaßt.

Die Heimarbeit in der Eisen- und Metall- industrie. Verlag des Deutschen Metallarbeiter- verbandes. Stuttgart. Wer das Gtend der Heim- arbeiter noch nicht kennen sollte, darf es nicht unter- lassen, sich diese Broschüre anzuschaffen. Preis 50 Pf. (auf der Heimarbeit-Ausstellung erhältlich).

Die Heimarbeit in der Holzindustrie. Heraus- geber Deutscher Holzarbeiterverband, Berlin, Vom Köllnischen Park 2. Preis 0,50 Mk. Auch von dieser Arbeit gilt das schon Gesagte. Die Heim- arbeiterverhältnisse in der Holzindustrie sind ebenso reformbedürftig wie die in den übrigen Industrien.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Orts- verwaltungen.)

In der Woche vom 11. bis 17. Mai ist der zwanzigste Beitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

An Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Büchener-Frankfurt wurde der Tapezierer Kollege Franz Wehensfeld-Frankfurt am Main zum Ausschussmitglied gewählt. Der Verbandsvorsitzende.

Beilich (Markt). Unterstützungen werden nur Sonnabends von 12-2 Uhr nachm. ausbezahlt. Erwerbslose oder Ausgesperrte können sich von 5-7 Uhr beim Kassierer Alfred Sommer, Birken- hain 11, melden.

Düsseldorf. Am 17. März 1925 konnte unser Kollege Richard Heberwirth auf eine 25jährige Mit- gliedschaft im Verband zurückblicken.

Versammlungskalender.

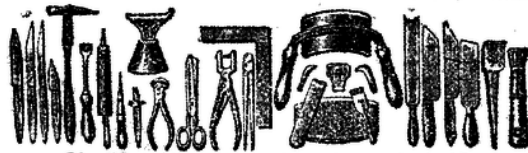
Köln, Dienstag, den 19. Mai, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal 3, Vorderhaus 1. Etage, Ver- sammlung für alle Branchen. Vortrag des Kollegen Gehring, Düsseldorf.

Sterbetafel.

München. Am 30. April starb im Alter von 74 Jahren Kollege Wilhelm Bock- Sattler.

Oberhausen (Rhld.). Am 25. April starb im Alter von 20 Jahren Kollege Hermann Meyer, Postleier.

Ehre ihrem Andenken!



G. Bruchhager, Werkzeugfabrik, Berlin S., Oranienstraße 43.

Fußballsattler, nur perfekte, stellt ein Norddeutsche Sportballfabrik, Berlin N., Chausseestr. 88.
Versteckte Kundennurarbeit per sofort gesucht. Angebote unter Chiffre S. G. 75 an die Exped. dieser Zeitung.

Für meine neue Fabrik suche ich 15 tüchtige, selbständige **Ledermöbelarbeiter** Spitzenlohn 0,92 Mk.
Hans Kaufeld, Bielefeld, Sandhausen 17 (bei Spinnerei Vorwärts).